

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 5

Artikel: Die Renaissance der S.F.I.O.
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - JANUAR 1945 - HEFT 5

Die Renaissance der S. F. I. O.

Von Walter Gyßling

Nach Jahren der Verfolgung, der praktischen Spaltung, des Kampfes in der Illegalität hat Frankreichs sozialistische Partei, die größte Partei unseres westlichen Nachbarlandes, eine triumphale Renaissance erlebt. Sie hat die Hemmnisse der letzten Jahre überwunden, hat sich in den Kämpfen gekräftigt und steht heute verjüngt und verstärkt, von neuem Schwung erfüllt, vor uns. Der große Parteikongreß, den die S. F. I. O. als erste Partei nach der Befreiung Frankreichs vom 9. bis 12. November 1944 in der Pariser Mutualité abgehalten hat, belegte diese Feststellungen nach jeder Richtung hin aufs Nachdrücklichste.

Der Parteikongreß

Auf diesem 48. Parteikongreß waren 96 departementale Föderationen und zahlreiche der in der Illegalität entstandenen geheimen Departementskomitees durch insgesamt 246 Delegierte vertreten, während sich auf dem letzten legalen Parteikongreß im Frühjahr 1940 101 Föderationen repräsentieren ließen. Da Anfang November noch in mehreren Departements gekämpft wurde, darf die Differenz von 96 auf 101 nicht dahin gedeutet werden, daß die S. F. I. O. heute weniger Provinzföderationen zählt als früher. Im Gegenteil, die Partei hat überall an Anhängern gewonnen und steht heute gefestigter da als vor dem Krieg. Selbstverständlich zeigte der Kongreß in vielem ein neues Gesicht. Viele Delegierte trugen die Uniform von Offizieren des F. F. I. oder der regulären Armee, eine kämpferische, begeisterte Jungmannschaft erfüllte den Saal, in dem aber die alte Garde der Partei keineswegs fehlte. So war Vincent Auriol da und Jules Moch, der greise Bracke, Marius Moutet, Le Troquer, Félix Gouin, André Philip, Salomon Grumbach, Evrard, der Elsässer Naegelen. Besonders zahlreich waren auch die Frauen vertreten, die in heroischer Weise am Widerstandskampf teilgenommen hatten und von denen heute verschiedene in Frankreichs Zwischenparlament, der «Assemblée Consultative», sitzen, so Andrée Viénot, die Witwe Pierre Viénots, Emilienne Moreau, Andrée Marty-Capgras, Madeleine Lagrange, Gilberte Brossolette und Renée Blum, die Schwiegertochter Léon Blums. Wenn so auch eine neue Generation den Kongreß

beherrschte, der Zusammenhang innerhalb der großen sozialistischen Parteifamilie Frankreichs erschien doch in jeder Hinsicht gewahrt.

Die neue Organisation

Entsprechend den veränderten Aufgaben und den Erfahrungen, welche die S. F. I. O. in den Kämpfen und in der Arbeit der letzten Jahre gemacht hatte, hat sich die Partei eine neue Organisation gegeben, zu deren wesentlichsten Kennzeichen die Tatsache gehört, daß mit der in der Vorkriegszeit üblichen Aufsplitterung der Partei in die sogenannten «Tendenzen» Schluß gemacht wurde. Früher gab es vier bis fünf organisierte Fraktionen innerhalb der S. F. I. O., jeder Parteiführer hatte seine Freunde in aller Form fraktionsmäßig organisiert, jede Fraktion verfügte über eine eigene Zeitschrift und die Parteikongresse standen unter dem Zeichen unentwegter fraktioneller Polemiken. Die «Bataille Socialiste» Zyromskys kämpfte auf den Kongressen gegen die «Gauche Révolutionnaire» Marceau Piverts und beide zusammen standen wiederum dem fraktionell nicht weniger fest organisierten rechten Parteiflügel unter Paul Faure gegenüber. In den ersten Kongreßmonaten hatte der fraktionelle Streit die S. F. I. O. in einem Maße beherrscht, daß die Partei nahezu aktionsunfähig war. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn jetzt mit den Tendenzen und Fraktionen gebrochen wird und die neue Partei andere Wege ihrer Willensbildung sucht. Geleitet wird die Partei künftig von einem durch den Kongreß mit allen erforderlichen Vollmachten ausgestatteten Direktionskomitee, das 26 Mitglieder zählt. Es sind dies: Vincent Auriol, Bloncourt, Defferre, Depreux, Dumas, Evrard, Favier, Froment, Gouin, Grumbach, Jaquet, Lambert, Augustin Laurent, Le Troquer, Andrée Marty-Capgras, Daniel Mayer, Mistral, Jules Moch, Emilienne Moreau, Naegelen, André Philip, Tanguy-Prigent, Ribière, Valjean, Verdier. Der 26. Platz wird einstweilen von Renée Blum eingenommen als Statthalterin ihres Schwiegervaters Léon Blum. Renée Blum hat übrigens im Widerstandskampf selbst eine hervorragende Rolle gespielt. Dem Direktionskomitee steht zur Leitung der Partei ein Sekretariat zur Seite, das außer dem neuen Generalsekretär der Partei, Daniel Mayer, Dezernatsleiter für Propaganda, Presse und Verlagswesen, Frauen- und Jugendagitation und theoretische Studien umfaßt. Sehr wesentlich ist die Bestimmung, daß als Parteimitglied nur anerkannt wird, wer im Juni 1940 oder früher der Partei angehörte und seither in einer illegalen Parteisektion oder einer Organisation der Widerstandsbewegung aktiv mitgearbeitet hat. In jeder Sektion wird eine besondere Reinigungscommission gebildet, die über die Anerkennung aller sonstigen Ansprüche auf Mitgliedschaftsrechte zu entscheiden hat, diese aber zweifellos überall dort zugestehen wird, wo — wie zum Beispiel bei den Kriegsgefangenen, den Verhafteten und Deportierten, höhere Gewalt die Teilnahme am Befreiungskampf verhinderte.

Die Parteireinigung

Das gleiche Prinzip wurde nämlich auch bei der Reinigung der zentralen Parteinstanzen vorgenommen, die zu den wesentlichen Aufgaben

des Parteikongresses zählte. Sie erfolgte ebenso nachdrücklich wie gerecht. Das Kongreßmanifest der Partei sagt darüber abschließend: «Die Partei hat alle Verräter, Feiglinge und Schwächlinge aus ihren Reihen ausgestoßen.» Mit aller erforderlichen Strenge wurde vor allem die alte Parlamentsfraktion der Partei gereinigt. Von den 146 noch lebenden Parlamentariern wurden nur 63 in der Partei belassen, nämlich 42, die gegen die Übertragung der Vollmachten an Pétain gestimmt hatten, 8 nach Deutschland Deportierte, 1 Kriegsgefangener, 1 Abgeordneter, der in Vichy zwar für Pétain gestimmt, später der Partei aber in der Zeit der Illegalität außergewöhnliche Dienste geleistet hatte (es handelt sich um den Abgeordneten Germez). Endlich wurden allerdings mit der Sanktion des Mandatsverlustes auf die Dauer einer Legislaturperiode 12 Abgeordnete, die 1940 für Pétain gestimmt oder sich der Stimme enthalten hatten, im Hinblick auf ihre späteren Verdienste um die Partei in ihrer Mitgliedschaft aufrechterhalten, darunter an bekannteren Parlamentariern Max Hymans, Lussy, Petrus Faure und Allemane. Unter den zuerst genannten 42 Parlamentariern befinden sich auch einige, die seinerzeit durch höhere Gewalt verhindert waren, an der Abstimmung in Vichy teilzunehmen, deren Treue gegenüber der Partei und der Widerstandsbewegung keinen Augenblick in Frage stand, wie Vincent Auriol, Bloch, Bloncourt, Fié, Froment, Gouin, Grumbach, Guy, Augustin Laurent, Le Troquer, Moch, Marius Moutet, André Philip, Tanguy-Prigent usw. Aus der Partei ausgeschlossen wurden 78 ehemalige Abgeordnete und Senatoren, darunter der frühere Generalsekretär der Partei, Paul Faure, die ehemaligen Minister Louis Sellier, Charles Spinasse, André Février, Pierre Blanche, Rivière, der Kammerpräsident Paulin, die Senatoren Betoulle, Léon Bon, Fèvre, die Abgeordneten Rives, Albertin, Garchery (ein Ex-«PUPiste»), Arsène Gros, Camille Planche, Régis, Roncayrol, Henri Salengro. Auch der frühere Administrator des «Populaire», Eugène Gaillard, gehört zu den Ausgeschlossenen. Mit Ausnahme von Blanche und Garchery zählten fast alle Ausgeschlossenen zum rechten Parteiflügel, der damit wieder einmal halbiert wird, eine in der Geschichte der sozialistischen Partei Frankreichs keineswegs ungewohnte Erscheinung. Mit Ausnahme der Abspaltung der Kommunisten auf dem Kongreß von Tours im Jahre 1921 sind fast alle Parteireinigungen in Frankreich so verlaufen, daß eine mehr oder minder große Gruppe der Parteirechten mit der Partei brach oder ausgeschlossen wurde. Die letzte größere derartige Spaltung war der vor mehr als zehn Jahren erfolgte Ausschluß der «Neo-Sozialisten», das heißt Renaudels, Marquets, Marcel Déats, Bonnafous' usw. Es gehörte infolgedessen auch zu den Eigenheiten des französischen Parteilebens, daß «rechts neben» der S. F. I. O. verschiedene Splitterparteien existierten, die sich alle als sozialistisch bezeichneten, es in Wirklichkeit aber nicht waren, sondern kaum mehr darstellten als einen Klüngel von «politiciens», die der Hunger nach Ministersesseln dahingetrieben hatte, sich von der S. F. I. O. loszulösen. Die besonderen Umstände der heutigen Situation werden allerdings dafür sorgen, daß die politische Laufbahn der jetzt Ausgeschlossenen ein für allemal abgeschlossen ist.

Die S. F. I. O. in der Illegalität

Die neue S. F. I. O. ist aus dem unterirdischen Kampf gegen die Besetzungsmacht und gegen Vichy hervorgegangen und so ist es nur natürlich, wenn die Erinnerungen an diesen Kampf auf dem Parteikongreß einen breiten Raum einnahmen. Um so mehr, als die Partei in diesem Kampf schwere Blutopfer gebracht hatte, von deren Größe die Welt nur deswegen bisher verhältnismäßig wenig wußte, weil die S. F. I. O. es abgelehnt hatte, ihre Toten nach dem Vorbild der Kommunisten zum Mittelpunkt eines geschäftigen Reklamebetriebes zu machen. Aber die Liste der Opfer, die der Generalsekretär der Partei auf dem Kongreß verlas, spricht eine zwingende Sprache. Unter den heroischen Märtyrern befinden sich u. a. der frühere Unterstaatssekretär Léo Lagrange, der im bewaffneten Kampf gegen die Deutschen fiel, der Minister Marx Dormoy, den Doriotisten, und der Abgeordnete Camel, den die Milizen Darnands ermordet hatten, Professor Victor Basch und der «Populaire»-Redaktor Pierre Brossolette, die beide unter den Kugeln deutscher Exekutionspelotons starben, alle Angehörigen des Vorstandes der Partei-Föderation des Departements Loire-Inférieure, vier Mitglieder der Partei in St. Claude, die an der Herausgabe des illegalen «Populaire» gearbeitet hatten, und noch viele andere. Auch einer der Hauptdelegierten der Partei in der Zeit der Illegalität, Grasset, war kurz vor der Befreiung ermordet worden. Nach Deutschland deportiert wurden Léon Blum, der alte Amédée Dunois, der frühere Minister Jean Lebas, Suzanne Buisson, die gefeierte Heldin der Widerstandsbewegung, sieben Mitglieder des geheimen Zentralkomitees, ferner die Abgeordneten Bedin, Biondi, Jordery, Malroux, Eugène Thomas. Und die Sekretäre der illegalen Provinzföderationen berichteten einer nach dem andern dem Kongreß von weiteren Opfern ihrer Organisationen. Sie berichteten aber auch von dem erfolgreichen Kampf der Partei in der Illegalität. In der nicht-besetzten Zone begannen Daniel Mayer, Félix Gouin, André Philip schon 1940, bald nach dem Abschluß des Waffenstillstands, mit dem Neuaufbau der Partei, der Neubildung ihrer Sektionen und Föderationen. Unterstützt von Evrard und dem augenblicklichen Postminister Augustin Evrard wurde die Propaganda aufgenommen, die Herstellung und Verteilung des illegalen «Populaire» und anderer Presseerzeugnisse der Partei organisiert. Die Partei eroberte schnell wieder das Vertrauen der Massen und spielte in der Widerstandsbewegung eine hervorragende Rolle. Der Endkampf brachte dann die letzte Bewährung. In Marseille wurden 3000 Deutsche durch die Kampfverbände der Partei außer Gefecht gesetzt, und diese Stadt wie Toulouse haben heute sozialistische Bürgermeister an der Spitze. In der besetzten Zone ging der Neuaufbau der S. F. I. O. von der 5. Pariser Parteisektion (Quartier Latin) aus. Amédée Dunois, Bloncourt, Ribière, Charles Dumas, Tecier, Grasset, Tanguy-Prigent, Biondi, Collette waren in der besetzten Zone die wesentlichen Erneuerer der Partei, die die Befreiungsbewegung «Liberation-Nord» führt, heute die Präsidenten von 15 departementalen Befreiungskomitees stellt und an größeren Stadtverwaltungen die von Lille, Le

Havre, Tours, Bordeaux, Lens, Charleville beherrscht. In der besetzten Zone, in St. Claude im Jura, das deswegen später von den Deutschen ganz fürchterlich heimgesucht wurde, wurde auch der illegale «Populaire» gedruckt, der schließlich eine Auflage von 90 000 Stück erreichte und alle 14 Tage allein in der Pariser Region in 50 000 Exemplaren verbreitet wurde. Starke Verbreitung fanden auch die Broschüre «De la capitulation à la trahison» von Charles Dumas, und neben der anderen illegalen Parteiliteratur vor allem die von der Partei herausgegebenen Erklärungen Léon Blums im Prozeß von Riom, wie überhaupt Blums tapfere Haltung viel zur moralischen Erneuerung der Partei beigetragen hat.

Presse und Propaganda der Partei

Heute, in der neuen Legalität, verfügt die S. F. I. O. wieder über eine ausgedehnte Presse und einen intensiv arbeitenden Propagandaapparat. Das Zentralorgan der Partei, der «Populaire», hat sich in dem beschlagnahmten Gebäude des «Matin» niedergelassen und erscheint dort täglich in einer Auflage von 180 000 Exemplaren, während die kommunistische «Humanité» etwas mehr als 200 000 Auflage besitzt. Der «Populaire» erschien bereits in den Tagen der Kämpfe um Paris in dem neuen Haus und brachte dort in mehreren hunderttausend Stück Auflage eine Sondernummer «Paris libéré» heraus, die während der Straßenkämpfe verteilt wurde. Als Direktor des «Populaire» zeichnet Marcel Bidoux, als Chefredaktor Charles Dumas, als Administrator Paul Favier. Die S. F. I. O. bereitet schon heute den großzügigen Ausbau des «Populaire» für den Augenblick vor, in dem die technischen Voraussetzungen zur Lancierung einer großen, modernen Arbeiterzeitung bestehen. Auch die Gründung einer großen sozialistischen Nachrichtenagentur wird vorbereitet, welche die über hundert Organe der Partei bedienen soll. Denn die S. F. I. O. hat nicht nur die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren gewußt, auch die Auflagen der in der Provinz und in Nordafrika erscheinenden sozialistischen Blätter sind gestiegen. Die Partei verfügt über mehrere Tageszeitungen und zahlreiche Wochenblätter. In Lyon allerdings ist die S. F. I. O. noch nicht über ein Wochenblatt hinausgekommen, während die Kommunisten sich dort eine Tageszeitung leisten. Dagegen hat der in Lille erscheinende sozialistische «Nord-Matin» eine Auflage von 200 000 Exemplaren erreicht, im Gegensatz zu der Liller Tageszeitung der Kommunisten, die sich mit 60 000 begnügen muß. Endlich bereitet die Partei auch die Herausgabe von Propagandamaterial, Zeitschriften, Broschüren, Büchern in großem Stil vor und setzt damit ihre Überlieferungen aus der Zeit der Illegalität und aus der Vorkriegszeit fort.

Der neue Parteiverlag, die «Editions de la Liberté», hat seit der Befreiung bereits einige wichtige Broschüren grundsätzlicher Natur neu herausgegeben, so die «Rede an die Jugend» von Jaurès, Blums Jaurès-Biographie und seine Werbeschrift «Pour être socialiste», den «Socialisme» von Guesde, die «Republik der Arbeit» von François Moch, Blums Reden vor dem Gerichtshof von Riom, «Die sozialistische Partei und die Einheit Frankreichs», «Die Trusts gegen das Vaterland». Als nächste Veröffent-

lichungen sind vorgesehen ein parteiinternes Propaganda-Bulletin, eine große Parteizeitschrift, ein Agitatoren-Handbuch, Sonderschriften für die Frauen- und Landagitation. Der «Populaire» hat bereits einige wirkungsvolle Bildplakate herausgebracht, denen weitere folgen sollen. Geplant sind ferner die Abhaltung von Agitatorenkursen, Kino-Propaganda und die Eröffnung eines Parteihauses in Paris als Treffpunkt der Provinzagitatoren. Die Parteipropaganda ist zunächst vornehmlich auf die Erfassung der Parteikader ausgerichtet, im Gegensatz zu den Kommunisten, die mit Massenpropaganda großen Stils begonnen haben. Die S. F. I. O. will dazu erst übergehen, wenn Post, Telephon und Eisenbahn wieder im ganzen Land funktionieren, und geht von dieser Regel nur in wenigen Departements ab, wo, wie in Saône et Loire, Aisne und Corrèze besonders umfangreiche Ausschlüsse erfolgten und die Organisationen der Partei daher neuer Kräftigung bedürfen.

Die S. F. I. O. in Regierung und Parlament

Nachdem die Partei bereits in dem Befreiungskomitee von Algier durch Männer wie André Philip, Le Troquer, Tixier vertreten war, sitzen in der augenblicklichen provisorischen Regierung des Generals de Gaulle drei sozialistische Minister, die alle der jüngeren Generation angehören und aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen sind, der Innenminister Tixier, dessen kluge Haltung in der Frage der Entwaffnung der Partisanenverbände entscheidend dazu beigetragen hat, den inneren Frieden Frankreichs zu bewahren und Vorkommnisse wie in Belgien und Griechenland zu vermeiden, der Landwirtschaftsminister Tanguy-Prigent, der ein in dem vorwiegend agrarischen Frankreich höchst wichtiges Ressort besetzt hält, und der Postminister Augustin Laurent, dem die für den französischen Staat zurzeit lebenswichtige Aufgabe der Wiederherstellung der Post- und Telephonverbindungen obliegt. Zwei andere Minister, der Gewerkschafter Lacoste, der das Produktionsministerium leitet, und der neue Versorgungsminister Ramadier, stehen der Partei nur nahe und gelten nicht als ihre eigentlichen Beauftragten in der Regierung, in der die S. F. I. O. im Hinblick auf ihre Stärke und ihren Anteil an der Widerstandsbewegung durchaus ungenügend vertreten ist. Die sozialistischen Minister sind mit besonderem Nachdruck den Versuchen zur Einschränkung der Pressefreiheit entgegengetreten und haben sich in ihren Ressorts energisch an die Säuberung der Verwaltung von reaktionären Elementen gemacht. Natürlich ist die S. F. I. O. auch im «Conseil National de la Résistance», dem Obersten Rat der Widerstandsbewegung, vertreten, auf dessen Programmgestaltung sie einen entscheidenden Einfluß im sozialistischen Sinne genommen hat. In der «Assemblée Consultative» verfügt die S. F. I. O. mit über 50 Sitzen über die stärkste Fraktion, die auch dank ihrer Geschlossenheit den weitreichendsten Einfluß besitzt. Das war schon in Algier so und ist es jetzt in der neuen auf 248 Mitglieder erweiterten Versammlung erst recht. Die Kommunisten zählen in der «Assemblée Consultative» etwa 40 Vertreter, die Gewerkschaften 30. Die Versammlung wird durch den Sozialisten Félix Gouin präsiert, dem die Kommunisten im Wahlgang einen mit ihnen

sympathisierenden Bürgerlichen, den Führer der Lyoner Radikalen, Justin Godart, entgegenstellten, der aber bei der Wahl so weit hinter Gouin zurückblieb, daß er auf die Aufrechterhaltung seiner Kandidatur verzichtete und der Sozialist dann im zweiten Wahlgang fast einstimmig (191 gegen 6 Stimmen) gewählt wurde.

Die Partei und die Wahlen

Die Vorbereitung der kommenden Wahlen hat den Parteikongreß aufs nachhaltigste beschäftigt. Die von der Partei vorgesehene Taktik ist dabei absolut klar und eindeutig und bleibt voll und ganz im Rahmen der demokratischen Traditionen Frankreichs. Im ersten Wahlgang soll der Wähler sich in geheimer Abstimmung frei für die ihm präsentierten Kandidaten entscheiden dürfen. Die S. F. I. O. wird bei allen Wahlen möglichst vollständige Listen aufstellen. Die Provinzföderationen sind jedoch ermächtigt, schon für den ersten Wahlgang Wahlbündnisse mit Organisationen oder Parteien der Widerstandsbewegung abzuschließen, die vom Geist einer freien Demokratie erfüllt sind und die Prinzipien des Sozialismus akzeptieren. Bei den Stichwahlen soll dann alles Erforderliche geschehen, um den Kandidaten der Rechten durch einen Zusammenschluß der Linken einen kräftigen Strich durch die Rechnung zu machen. Dagegen steht die S. F. I. O. der von den Kommunisten propagierten Einheitsliste absolut ablehnend gegenüber, weil sie zweifellos zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung und damit zu einer Degeneration der neubelebten Demokratie führen würde. Ebenso entschieden wendet sich die Partei gegen den vom «Front National», einer stark unter dem Einfluß der Kommunisten stehenden Organisation der Widerstandsbewegung lancierten Gedanken, die Gemeindewahlen in öffentlicher Abstimmung auf dem Marktplatz in den kleineren Gemeinden durchzuführen. Die S. F. I. O. beharrt demgegenüber auf dem streng geheimen Charakter des Wahlaktes als einem Wesensmerkmal aller modernen Demokratie.

Die S. F. I. O. und die Kommunisten

Bildet die Frage der Wahltaktik einen Differenzpunkt gegenüber den Kommunisten, so hat sich inzwischen auf dem Gebiet der Außenpolitik ein zweiter ergeben. Die Grundsätze der S. F. I. O. bezüglich der Organisation der Friedenssicherung nach dem Krieg und vor allem hinsichtlich der Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit kontrastieren erheblich mit den Abmachungen, die de Gaulle in Moskau getroffen und Außenminister Bidault kürzlich in der «Assemblée Consultative» bekanntgegeben hat, und die sich als Teilstück der französisch-russischen Vereinbarungen natürlich der Zustimmung der französischen Kommunisten erfreuen. Das wiegt selbstverständlich schwerer als gelegentliche kleine Reibereien, welche sich in der Tagesagitation und in dem stillen, zähen Kampf um die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen unter den beiden großen Arbeiterparteien ergeben. Doch hat der illegale Kampf in vielen Fällen eine loyale und kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten gezeitigt. Die S. F. I. O. hat während der

Illegalität den Kommunisten die Schaffung eines Einigungskomitees vorgeschlagen, sich damit aber einen Korb geholt. Trotzdem hat der Kongreß, allerdings ohne sich große Hoffnungen zu machen, dieses Angebot wiederholt, weil die S. F. I. O. in der Herstellung der integralen Einheit der Arbeiterklasse eine der wesentlichen Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung des Klassenkampfes erblickt. Was die Partei nicht zuläßt, das ist, daß ihre Führer und Mitglieder von den Kommunisten öffentlich heruntergerissen werden und daß die Kommunisten, deren jakobinischer Patriotismus selbst sehr jungen Datums ist, der S. F. I. O. Lektionen in Sachen Patriotismus erteilen wollen, weil diese die Grundsätze des sozialistischen und proletarischen Internationalismus nicht zum alten Eisen werfen will. Inzwischen ist nun eine «Verständigungskommission» zwischen S. F. I. O. und KPF gebildet worden, in der beiderseits die maßgebenden Parteiführer sitzen, und dessen Aufgabe darin besteht, wie in der Zeit der Volksfront im Interesse der Klasse die erforderliche Aktions-einheit der beiden großen Arbeiterparteien herzustellen, beziehungsweise die Aktionen beider Parteien sinnvoll zu koordinieren. Das entspricht sicher den augenblicklichen Verhältnissen und beweist, daß dieses Problem zurzeit in Frankreich recht nüchtern und realistisch angepackt wird. Jedenfalls verdient die aktive Einheitspolitik der S. F. I. O., die sich nicht von den Kommunisten vor unbequeme Alternativen stellen läßt, sondern es umgekehrt versteht, diese zu zwingen, Farbe zu bekennen, sorgsame Beobachtung und — vielleicht auch andernorts Nachahmung.

Sozialismus und Klerikalismus

Die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und ihrer Wahltaktik war aber nicht die einzige, welche der Parteikongreß der S. F. I. O. vorzunehmen hatte. Das Auftreten einer sozial betonten linkskatholischen Strömung innerhalb der Widerstandsbewegung, mit der gleichfalls in der Zeit der Illegalität eine kameradschaftliche Zusammenarbeit bestand, machte es erforderlich, auch nach dieser Seite eine unmißverständliche Grenze zu ziehen. Es hat dabei nicht an einem Versuch gefehlt, die S. F. I. O. zur Auflockerung ihres antiklerikalen Standpunktes zu bestimmen. François Moch, der Bruder von Jules Moch, machte sich zum Sprecher solcher Gedanken und legte eine dementsprechende Resolution vor. Er stieß aber bei der großen Mehrheit der Provinzföderationen, die in einem heftigen Abwehrkampf gegen klerikale Übergriffe stehen, auf nachdrücklichen Widerstand, und sein Antrag wurde nur mit einem Zusatz angenommen, der ihn eigentlich in sein Gegenteil verkehrte, indem die Partei ihr Bekenntnis zur religionsfreien, laizistischen Staatsschule und zur Aufrechterhaltung der Trennung von Kirche und Staat feierlich erneuert und darüber hinaus die Aufhebung des Schulgesetzes von 1942 fordert, welches den kirchlichen Privatschulen eine jährliche Staats-subvention von 700 Millionen Francs zuspricht. Um die Aufhebung dieses Gesetzes haben sich auch die widerstandsbegeistertsten Linkskatholiken bezeichnenderweise bis jetzt nicht bemüht, obwohl es sich um ein Gesetz der verhaßten, verräterischen Vichy-Regierung handelt! Angesichts der Haltung der Mehrheit des katholischen Klerus in Frankreich, die durch-

aus vichytreu war, hat die S. F. I. O. nur gut daran getan, auf der Wacht zu bleiben und sich durch das Auftauchen einer kleinen linkskatholischen Minderheit nicht zu einer falschen Einschätzung des französischen Gesamtkatholizismus verleiten zu lassen.

Das Kongreßmanifest

Getreu ihren Gepflogenheiten hat die S. F. I. O. schließlich ein großes Kongreßmanifest erlassen, das bis zum nächsten Kongreß wegweisend für die Haltung der Partei ist und ihre Grundauffassungen widerspiegelt, vor allem aber aufzeigt, wie in der heutigen Zeit diese sozialistischen Grundauffassungen in der praktischen Politik der Partei zur Auswirkung kommen. Obwohl dieses Manifest in der sozialistischen Tagespresse der Schweiz bereits Eingang gefunden hat, wiederholen wir es hier wegen seiner eminenten dokumentarischen Bedeutung als Abschluß unserer Unterrichtung von der Renaissance unserer französischen Bruderpartei in wörtlicher Übersetzung. Das Manifest lautet in seinen Hauptpartien:

Nur der Sozialismus, der den Staat aus der Knechtschaft der Trusts und den Menschen aus der Knechtschaft des Kapitalismus befreit, kann die nationale und menschheitliche Wohlfahrt sicherstellen. Mit ihrem Ideal die dauernde Bedachtnahme auf die Realitäten verknüpfend, entschlossen die offene Rückkehr der Bankiers- und Industriellenherrschaft, die von Tag zu Tag drohender wird, zu verhindern, wird die Sozialdemokratische Partei mit ganzer Kraft an der Verwirklichung des Programmes der Widerstandsbewegung mitarbeiten, besonders hinsichtlich der nach der Befreiung des Landes anzuwendenden Maßnahmen, wovon die wichtigsten noch zu verwirklichen sind. Sie ist entschlossen, sich mit allen Organisationen der Widerstandsbewegung zu verbinden, um ohne Aufschub diese Reformen durchzuführen, genau so wie sie zu diesem Zweck ihre ganze, loyale und selbstlose Unterstützung dem Regierungschef de Gaulle leiht, welcher nicht nur verstanden hat, den festen Willen des Landes nach Wiedererringung seiner Unabhängigkeit zum Ausdruck zu bringen, sondern auch den nach seiner sozialen Befreiung.

Auf Grund ihrer Lehre und Erfahrung erklärt die Partei, daß alle Reformen nicht zu verwirklichen sind, ohne die Sozialisierung der Schlüsselpositionen der Wirtschaft: der Elektrowirtschaft, Rohstoffgewinnung, Schwerindustrie, des Transportwesens, der Versicherungen und vor allem des Kredits, der alle wirtschaftliche Aktivität lenkt und befruchtet. Eine solche Sozialisierung, die die persönliche Freiheit im Rahmen disziplinierter Zusammenarbeit achtet, darf weder zu einem Staatskapitalismus noch zu jener Verbürokratisierung führen, welche die heutigen staatlichen Monopolbetriebe kennzeichnet. In gesonderte Sektoren gegliedert, aber mit einer breiten Autonomie ausgestattet, sollen die Fabriken und die einzelnen Wirtschaftssektoren gemeinsam von den Vertretern der Arbeiter, Angestellten und des Allgemeininteresses geleitet werden, wobei jeder dieser dreigliedrigen Ausschüsse unter Vorbehalt der Zustimmung der drei Interessenten im Rahmen des nationalen Wirtschaftsplans, welchen die souveränen Volksvertreter aufgestellt haben, seine Beschlüsse faßt. So wird der Arbeiter, von der kapitalistischen Unterdrückung befreit und im Bewußtsein, dem Allgemeinwohl zu dienen, seinerseits frei und gern seinen Arbeitsbeitrag leisten zur vollen Ausnützung der modernen Technik, die dann im Dienste des Menschen stehen wird. Ebenso wird der gegen die Spekulanten und Ausbeutung geschützte Bauer in freien Genossenschaften vom Fortschritt der Wissenschaft Nutzen ziehen.

Es würde vergeblich sein, eine solche Resolution auch nur zu versuchen ohne vorher diejenigen außerstand gesetzt zu haben, die das Vaterland verraten haben, und ohne diejenigen aus Amt und Würden gejagt zu haben, die dem Usurpator gedient haben und deren Vermögen außerdem zu konfiszieren ist. Es ist nicht weniger unerlässlich, eine politische Ordnung zu schaffen, welche die Autorität der Regierung von dem Einfluß der Geldmächte befreit. Diese Autorität wird aber nicht voll erreicht werden, wenn nicht der von Napoleon überkommene Zentralismus geschmeidigeren, dezentralisierteren Institutionen Platz macht, einer modernen Verwaltung der Republik, die nur von erprobten Republikanern geleitet wird, von einer stabilen Regierung, die sich auf wenige, große, geschlossene und disziplinierte Parteien stützt.

Die so im Rahmen der Nation aufgerichtete soziale Demokratie wird nicht zur vollen Wirkung kommen ohne gesicherten Frieden und internationale Demokratie. Treu ihrer traditionellen Außenpolitik erklärt die Sozialistische Partei, daß die Bedingung eines Friedens der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt und der Dauer beschlossen liegt in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Völker, das heißt in einer Weltorganisation der kollektiven Sicherheit, die auf die Gerechtigkeit gegründet ist. Diese Organisation darf nicht verwirklicht werden unter der Vorherrschaft einer oder mehrerer Großmächte, sondern in Form eines Bundes der freien Völker, die einen Teil ihrer Souveränität an eine höhere Organisation abtreten, welche ihre eigene Führung, ihr eigenes Budget und eine Armee hat, stark genug, um die Sicherheit aller zu garantieren. Diese politische Organisation ist durch eine wirtschaftliche und soziale zu ergänzen, die verfügt über internationale Ämter für Rohstoffe, Kredit, Transportwesen, Wiederaufbau usw.

Nur in der Gesamtheit dieser Einrichtungen werden die Maßnahmen wirksam sein, die vorgesehen sind, um eine spätere Aufnahme eines in seinem Aufbau und seiner Mentalität erneuerten Deutschlands in die Gemeinschaft der zivilisierten Nationen zu ermöglichen, aus der es durch die Hitler-Barbarei ausgeschlossen wurde. Deutschland, dessen nationalsozialistische Einrichtungen auszumerzen sind, muß ganz von den Alliierten besetzt und vollständig entwaffnet werden; seine Industrie ist zu sozialisieren und unter die Verwaltung der europäischen Nationen zu stellen, sein Großgrundbesitz ist aufzuteilen, die Verwaltung zu dezentralisieren, die Kriegsverbrecher sind zu züchtigen, Erziehung und Presse sind umzuformen und zu überwachen, in der Hoffnung, daß eines Tages die demokratischen Elemente in Deutschland und seine Arbeitermassen ihrerseits aus Deutschland eine friedliche und humane Nation machen werden. Aber die Partei glaubt, die Aufmerksamkeit des Volkes auf die Gefahren eines nationalistischen Revanchegedankens lenken zu müssen, welches jede Zerstückelung und jede Annexion eigentlich deutscher Gebiete hervorrufen würde.

Um ihrer internationalen Aufgabe, die sie sich gesetzt hat, würdig zu sein, hat die Partei, einen Sieg über sich selbst davontragend, sich moralisch und organisatorisch erneuert. Sie hat aus ihrer Mitte die Verräter, die Feiglinge und Schwächlinge ausgestoßen. Sie hat ihre Leitung Genossen anvertraut, die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen sind. Sie will den Sieg erreichen durch eine Propaganda ohne Haß, Gewalttätigkeit oder Betrug, im freien Wettkampf gleichberechtigter Parteien. Sie begrüßt freudig den Zustrom zur Partei oder die Rückkehr in die Partei aller echten Demokraten, aufrichtigen Gläubigen und aktiven Freidenker, der glühenden Revolutionäre, die Tag für Tag sich in immer größerer Zahl anmelden. Als großer republikanischer, demokratischer und revolutionärer Machtfaktor im Leben der Nation wird sie in Freiheit und durch Gerechtigkeit die Eintracht zwischen allen Franzosen

herbeiführen helfen und durch die kollektive Sicherheit den Frieden unter den Völkern.

Der Wiederaufbau der internationalen Arbeiterbewegung

So wie die nationale Arbeiterbewegung der einzelnen Länder in zwei Organisationsformen, den Gewerkschaften und den Parteien, zusammengefaßt sind, so ist auch die internationale Bewegung zwiefach organisiert im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI).

Während der IGB seine Tätigkeit im zweiten Weltkrieg mehr oder weniger intensiv fortsetzen konnte, hat die SAI mit dem Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 ihre Tätigkeit vollständig eingestellt (von der Kommunistischen Internationale sehen wir in dieser Übersicht aus zwei Gründen ab zu sprechen: die KI war immer nur ein Werkzeug der russischen Außenpolitik; sie ist als solches im Mai 1944, weil nicht mehr nötig, für die russische Außenpolitik eher belastend wirkend, aufgelöst worden).

*

Der Wiederaufbau der internationalen Arbeiterbewegung wird nach dem zweiten Weltkrieg für die Gewerkschaften leichter fallen als für die Arbeiterparteien. Der Weltkongreß der Gewerkschaften vom Februar 1945 soll zur Grundsteinlegung der neuen Gewerkschaftsinternationale werden. Es sind dabei eine Reihe von Fragen zu klären:

Soll der Aufbau wie bisher nach Landes- und nach Berufsorganisationen erfolgen, soll einer der beiden Organisationsformen die Vorrang gewährt werden, welche sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben sollen international zuerst gelöst werden, wie ist der Wiederaufbau der Gewerkschaften in den Ländern der Achsenmächte an Hand zu nehmen?

Wir veröffentlichen dazu eine Reihe von Dokumenten im Anhang, die zeigen, wie schwer die Lösung der aufgeworfenen Fragen ist.

*

Der Wiederaufbau der politischen Arbeiterbewegung als Sozialistische Internationale wird noch schwieriger sein als derjenige der Gewerkschaftsinternationale. Das hat die erste internationale Fühlungnahme vom 10. bis 14. Dezember 1944 in London gezeigt. An dieser Konferenz waren vertreten: England, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Italien, Polen, Spanien, Palästina. Es wurde die Durchführung einer Erhebung beschlossen. Der Fragebogen dazu ist von einer Kommission der ad hoc zusammengetretenen Konferenz aufgestellt worden. Er soll als Grundlage der Weiterführung der Arbeiten beim Wiederaufbau der Internationale der sozialistischen Arbeiterparteien dienen. Wir veröffentlichen auch hierzu à titre de documentation einige Berichte. Die SPS hat ihre Stellungnahme dazu noch nicht festgelegt.